

NGOs:

„Die im Deutschen häufig verwendete Bezeichnung Nichtregierungsorganisation ist inhaltlich nicht korrekt und beruht auf einer falschen Übersetzung des englischen Ausdrucks nongovernmental organization. Der englische Begriff ‚government‘ umfasst im Gegensatz zum Begriff Regierung die gesamte Staatsgewalt, also nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative und die Judikative, ... weswegen der Wortbestandteil ‚Regierung‘ irreführend ist. Die Bezeichnung ‚nicht-staatliche Organisation‘ entspricht auch der deutschen Fassung des Artikels 71 der Charta der Vereinten Nationen.“

Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/NGOs>, Mai 2007

Beispiele (alle Mai 2007):
www.brot-fuer-die-welt.de
www.aerzte-ohne-grenzen.de
www.greenpeace.de
www2.amnesty.de
www.misereor.de
www.tdh.de
www.attac.de
www.weed-online.org
www.wfd.de
(Weltfriedensdienst)

Entwicklungszusammenarbeit der NGOs und der Privatwirtschaft

Die weitgehend von nationalstaatlichen Institutionen getragene öffentliche Entwicklungszusammenarbeit scheint – nicht zuletzt als Folge der → **Globalisierung** – an die Grenzen ihrer finanziellen und politischen Möglichkeiten zu gelangen. Immer wichtiger werden daher Beiträge von „Non-Governmental-Organizations“. Das sind Organisationen, Institutionen, Vereine oder Gruppierungen, die unabhängig von staatlichen Stellen auf freiwilliger Basis und ohne Gewinnorientierung handeln. Das Spektrum dieser NGOs reicht von örtlichen → **„Lokale-Agenda-21-Gruppen“** bis zu international tätigen Organisationen (s. Web-Adressen in der Randspalte). Dabei unterscheiden sie sich in ihren Zielsetzungen sehr stark voneinander. Die Bandbreite ihrer Motive reicht von moralischen und karitativen Aspekten bis zu systemkritischen oder gar systemverändernden Ansätzen.

In ihren Aktivitäten können sie zwar weder supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die → **WTO** noch den Nationalstaat mit seinem demokratisch legitimierten Mandat ersetzen, aber sie können auf der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebene wesentliche politische Impulse geben. Dazu gehört zum Beispiel, dass durch öffentlichkeitswirksame Proteste Fehlentwicklungen angeprangert werden, um so die Politik unter Druck zu setzen. Auch können – weitgehend frei von bürokratischen Zwängen – in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern kreative Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden. Die Bürger- und Basisnähe bewirkt Solidarisierungseffekte, die z. B. bei Spendenaufrufen zum Tragen kommen.

Auch die Privatwirtschaft erfüllt wesentliche entwicklungspolitische Aufgaben. So arbeiten z. B. im Rahmen von Public Private-Partnership-Maßnahmen Unternehmen aus Industrie- und Entwicklungsländern – häufig durch staatliche Beratung und Zuschüsse unterstützt – zusammen.